

Steuern runter? Nein Danke!

Gastkommentar von Volker ter Haseborg

Wenn es ein Gesetz gibt, das in Deutschland auf große Zustimmung treffen würde, dann dieses: 2009 wird abgeschafft. Zu katastrophal sind die Aussichten: Da ist die Wirtschaft, die abstürzt. Da ist die Finanzkrise, die uns alle verunsichert. Und schließlich ist da noch der Gesundheitsfonds, der für die Versicherten nichts besser, aber alles teurer macht. Kann der Staat eigentlich überhaupt etwas anderes tun, als 2009 abzuschaffen? Schließlich soll es im nächsten Jahr wieder besser werden, sagen die Experten.

Ja, die Bundesregierung kann und will etwas gegen die Krise tun. Zwei Konjunkturpakete gibt es bereits. Doch leider geht vor allem das letzte Paket in die falsche Richtung. Während die Investitionen in die Infrastruktur noch sinnvoll und vor allem nachhaltig sind, gehen die Steuersenkungen in die völlig falsche Richtung. Leider verführen Union und SPD die Bürger im Super-Wahljahr mit populären aber unnützen Maßnahmen.

Neun Milliarden Euro gibt die Bundesregierung für Steuersenkungen aus. Doch 24 Millionen Deutsche haben gar nichts davon: Rentner, Niedrigverdiener, Arbeitslose und Studenten müssen keine Einkommensteuer zahlen. „Steuern runter“ ist zwar eine populäre Forderung im Wahlkampf – sie bringt aber längst nicht allen Bürgern einen finanziellen Vorteil. Und die, die ein wenig entlastet werden, sparen das Geld lieber anstatt es auszugeben.

Dabei ist über einen ganz anderen Zuschuss bislang viel zu wenig geredet worden: die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Zwar senkt die Regierung die Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse um 0,6 Prozent ab – das ist aber viel zu wenig.

Nicht nur bei den horrenden Krankenkassenbeiträgen sollte der Staat eingreifen. Die Idee ließe sich auf die Rentenversicherung und Pflegeversicherung übertragen. Auch hier könnte der Bund – wie schon in diesem Jahr bei der Arbeitslosenversicherung geschehen – mit einem Zuschuss die Beiträge drücken. Es wäre ein Konjunkturpaket, das auch den Unternehmen nützt.

Niedrigere Sozialbeiträge haben den Vorteil, dass nicht nur Einkommensteuerzahler so Geld bekommen, sondern auch Rentner und Geringverdie-



Foto: privat

Volker ter Haseborg ist Redakteur im Ressort „Themen des Tages“ der Münchner „Abendzeitung“.

ner. Gerade die Gruppe der Menschen mit geringem Einkommen ist dazu bereit, dieses zusätzliche Geld auch zu investieren und somit dem Einzelhandel aus der Konsumflaute zu helfen.

Darüber hinaus würde auch ein strukturelles Problem endlich angegangen. Die deutschen Sozialversicherungsbeiträge sind im internationalen Vergleich sehr hoch:

Sie machen Beschäftigungsverhältnisse richtig teuer – und schrecken so viele Firmen von Einstellungen ab. Und nicht nur das: Internationale Firmen zögern, sich in Deutschland niederzulassen, weil Arbeit hier so teuer ist. Deutschland verliert dadurch Wettbewerbsfähigkeit. Das Phänomen wird sich verstärken, wenn sich die Finanzkrise demnächst auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht. Wer seinen Job verliert, wird so schnell keinen neuen finden.

Und noch einen entscheidenden Vorteil haben niedrigere Sozialbeiträge: Sie sind nachhaltig. Wenn Politiker uns heute Steuersenkungen versprechen, so müssen sie nach den Wahlen wieder Steuererhöhungen durchpeitschen, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Der Staat musste ohnehin schon mit Milliarden für Rettungspakete einspringen – darüber hinaus wird es im Krisenjahr 2009 weniger Steuereinnahmen geben.

Klar, auch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge muss aus der Staatskasse finanziert werden. Im Gegensatz zu Steuersenkungen wäre diese Maßnahme jedoch nicht nur eine Finanzspritze für Bürger und Unternehmer. Sie würde darüber hinaus unseren Sozialstaat fit für die Zukunft machen.

Volker ter Haseborg